



Hannover,  
Georgstraße 33 / Telefon 2 09 51/52  
Postcheckkonto: Hannover 10 2953  
Bankverbindungen: Commerzbank Hannover  
Bankhaus Fudolf Lohr K. G., Hannover

II/58

22. Juli 1947

Der Vorrang der Anderen  
-----

P.R. Es ist jetzt der Zeitpunkt der Entscheidung darüber gekommen, ob man nach moralischen Prioritäten oder ökonomischen Realitäten verfahren will. Nach der schnellen ersten Einigung der europäischen Mächte ausserhalb der russischen Einflussphäre hat sich der Horizont abermals verdüstert, drohen wieder einmal Ressentiments als Motive für politische Entschlüsse massgebend zu werden. Jede Entwicklung zu vernünftigen, das heisst, nach den Gesetzen der Logik ausgerichtetem Handeln ist bisher immer wieder im Durcheinander vermeintlicher oder tatsächlicher Ansprüche und Vorrechte steckengeblieben. Nach dem hoffnungsvollen Ansatz zu durchgreifendem, grosszügigem Handeln, das der Marshall-Plan darstellte, tauchen schon wieder jene einschränkenden Tem und Aber auf, jene ängstlichen und engherzigen Einwände und Vorbehalte, die auf den grossen Konferenzen der vergangenen Jahre eine so verhängnisvolle Rolle gespielt haben.

Das Dilemma der Siegermächte liegt offen zu Tage. Sie glauben einen berechtigten moralischen Anspruch darauf zu haben, dass sie selbst und ihre kleinen Freunde, die seinerzeit von Hitler überfallen und ausgeplündert wurden, als erste an den künftigen Vorteilen und Segnungen (aber auf so etwas hofft heute schon niemand mehr recht), teilhaben. Dagegen ist nichts zu sagen. Es hat sich aber nun im Laufe der vergangenen Jahre durch sehr gewissenhafte Untersuchungen und durch die Praxis des deutschen und europäischen Wirtschaftsalltages erwiesen, dass Deutschland und insbesondere Westdeutschland mit dem Ruhrgebiet trotz der ungeheuren Zerstörungen, die der Krieg hier angerichtet hat, Angelpunkte einer kommenden europäischen Wirtschaftserholung sind.

Das verleiht diesem so vollkommen geschlagenen und machtlosen Deutschland widersinnigerweise wieder eine Art europäischer Schlüsselstellung, die man ihm nicht zuerkennen will - seltsamerweise auch nicht, obwohl man es beherrscht. Aber - und das ist der springende Punkt - man beherrscht das eben nicht ganz, sondern nur halb, d.h. jede der beiden Siegergruppen hat ihren eigenen, vom anderen hermetisch abgeschlossenen Bereich für die eigenen Experimente zur Verfügung.

Für den Teil der Welt, der sich nicht zur russischen Einflussphäre zählt, sind die USA nun gewiss nicht die einzigen, aber sicher die wichtigste in sich geschlossene einheitliche Macht. Das Kernstück der Aussenpolitik dieses Reiches aber ist nach Präsident Truman der Marshall-Plan. Und das Kernstück des Marshall-Planes ist die Schaffung eines möglichst geschlossenen europäischen Wirtschaftssystems, für das die amerikanische Hilfe als mächtige Rückendeckung bereitsteht, das aber andererseits eine wirkliche Neuordnung im Zusammenleben der europäischen Staaten voraussetzt.

Man könnte verzweifeln, wenn man sieht, wie gross Abneigung und Furcht sind, in der Durchführung des Marshall-Planes etwas zu unternehmen, was an Grosszügigkeit auch nur annähernd dem Entwurf selbst und den Absichten seines Schöpfers entsprechen würde. Eine solche Grosszügigkeit würde eine weitgehende Einbeziehung Deutschlands in alle diese Gesundungsmaßnahmen bedingen, und zwar nach der nun einmal vorhandenen Wirtschaftsbedeutung auch des ruinierten Deutschlands eine Einbeziehung am Anfang der ganzen Operation und nicht am ihrem Schluss. Es ist aber für viele der heute führenden europäischen Politiker offenbar eine geradezu unerträgliche Vorstellung, dass schon zweieinhalb Jahre nach Kriegsende an die Stelle der Vergeltungspolitik die gemeinsame Aufbaustrengung treten soll, die die damit verbundenen Leistungen und Opfer nicht einseitig Deutschland aufbürden dürfte, sondern sie auf viele Schultern verteilen müsste. Denn auch die Ruhr allein macht's ja nicht, auch nicht ihre Loslösung aus dem übrigen deutschen Körper, also ihre Internationalisierung.

Dieses "das könnte den Deutschen so passen" ist im Unterton heute überall zu hören. Aber die deutsche Umwelt, soweit sie so denkt, kann beruhigt sein; die zentrale Bedeutung Deutschlands für den europäischen Wiederaufbau wird sich unter den heute gültigen machtpolitischen Verhältnissen auch dann primär für die übrigen europäischen Staaten und erst sekundär für Deutschland auswirken, wenn der Nebel zuerst in Deutschland, etwa im Ruhrgebiet angesetzt werden sollte, was allerdings notwendig erscheint. Die schreckliche Vorstellung, es könnte dem deutschen Volk schneller "gut gehen" als irgendeinem anderen europäischen Volk der westlichen Sphäre, beruht auf einer vollkommenen Verkennung der Tatsachen. Sie stellt einen Restbestand der Kriegsmentalität dar, stammt aber gewiss nicht aus kühler Überlegung und wirtschaftlicher Voraussicht. Das deutsche Volk wird in jedem Falle am längsten an der Last des von Hitler heraufbeschworenen und von ihm verlorenen Krieges zu tragen haben. Das wird der Fall sein, auch wenn man die Vorrangstellung der Anderen auf ein Mass reduziert, das eine gemeinsame europäische Anstrengung zu erfolgreicher Selbsthilfe unter Einfluss Deutschlands ermöglicht. Entweder man baut den Hass ab und Europa auf, oder man wird nicht nur/der gegenwärtigen Stagnation verharren, sondern gemeinsam im Chaos versinken. /in

## Gegen die Alliierten

K. T. - Berlin

Am 24. Juli tritt das Berliner Stadtparlament zu der monatlichen Sitzung zusammen, die ihm durch die vorläufige Verfassung zur Auflage gemacht ist. Das Parlament hatte sich am 11. Juli 1947 bis zum 24. Juli 47 vertagt, um zu diesem Zeitpunkt als dringendste Massnahme den Berliner Etat zu beraten. Die Fraktion der SPD hatte sich auf Grund der Nichtbestätigung des mit grosser Stimmenmehrheit gewählten Oberbürgermeisters Dr. Reuter durch den Alliierten Kontrollrat genötigt gesehen, ihre parlamentarische Mitarbeit in der Stadtverordnetenversammlung auf die Arbeiten zu beschränken, die in der vorläufigen Verfassung von Gross-Berlin vorgeschrieben sind.

acht Monate nach der Wahl des ersten Stadtparlaments musste dieses Stadtparlament erklären, dass die ewige Behinderung seiner Arbeit durch die Kette der Vetos einer Besatzungsmacht jegliche Arbeit zur Ohnmacht verdamme. Berlin hat diese Monatshindurch einen Kampf darum geführt, den in den Oktoberwahlen ausgedrückten Volkswillen durch Handlungen zu bestätigen. Die Stadt hat es stattdessen erlauben müssen, dass die kleine Minderheit der SED praktisch durch die bei wesentlichen Anlässen eintretende Vetopolitik der Alliierten Kommandantur die überwältigende Mehrheit praktisch majorisiert. Dieser Zustand, der sich in einer Kette von einschränkenden Massnahmen gegenüber den Rechten der Selbstverwaltung ausdrückte, ist nun mit der Ablehnung des mit Dreiviertelmehrheit gewählten Oberbürgermeisters Reuter und der Amtsenthebung des Stadtrats für Volksbildung Dr. Nostriepko durch die Alliierte Kommandantur zur ausserordentlichen Krise gereift.

Indem die SPD sich unter diesen Umständen ausserstande erklärte, weiterhin einer Scheindemokratie den äusseren Rahmen zu geben, ist die Selbstverwaltung in der grössten Stadt Deutschlands - und in seiner politisch bedeutsamsten - zur Bankrotterklärung gezwungen worden. Die SED als einzige Partei versucht diese wesentliche und gefährliche Entwicklung als "Flucht aus der Verantwortung" und "Streit um Verfassungsbausteine" in ihren vielen Berliner Blättern zu denunzieren. Sie ging sogar so weit, die Dreiviertelmehrheit des Berliner Parlaments des "Kampfes gegen die Alliierten" zu bezichtigen. Ohne dass sie es vielleicht wünschte, hat sie mit diesem Vorwurf, den die letzte Versammlung des Parlaments natürlich mit einem ungeheuren Proteststurm quittierte, die ganze politische Schlagwortverwirrung aufgedeckt, die in Berlin heute hinter diesen Wort- und Zeitungsgefechten getrieben wird. "Kampf gegen die Alliierten" sagen die Kommunisten, wenn sie eine Haltung bezeichnen wollen, die sich mit Konsequenz zu den der jungen deutschen Demokratie durch diese Alliierten gegebenen und verbürgten Rechten darstellt. "Kampf gegen die Alliierten"; dieser denunziatorische Begriff ist der Schrei nach der einzigen und letzten Waffe, die das Recht der menschlichen Freiheit niederhalten soll. Jedoch wäre diese Parole noch am Platze, wenn in der Tat diese Alliierten sich von den Wünschen der Parteien angegriffen fühlen müssten. Es erübrigt sich, zu sagen, dass keine deutsche Partei eine anti-alliierte Haltung zum Prinzip ihres Handelns machen würde. Was die Kommunisten mit dieser denunziatorischen Behauptung meinen, ist selbstverständlich die Amassung, sie müssten eine bestimmte, nämlich die sowjetische Besatzungsmacht vertreten.

Dass in Berlin Spannungen zwischen der Sozialdemokratie und der sowjetischen Besatzungsmacht bestehen, ist seit dem grossen Jahrtag der SPD, der ihr fast die absolute Mehrheit in der Stadt gebracht hat, offenkundig. Aber allein die Propaganda der Kommunisten hat dafür unablässig Sorge getragen, dass die SPD als antisowjetische Partei in ihren Organen verleumdete wird. Dass nicht nur keinerlei Gründe dafür vorliegen, die dieser Behauptung Nahrung geben, versteht sich. Doch Berliner Boden ist heute der Boden der grossen weltpolitischen Auseinandersetzungen. Und dass in diesen Auseinandersetzungen die ehrliche Bemühung der deutschen Sozialdemokratie um eine deutsche demokratische Ordnung zwischen den Mächten als eine Politik gegen eine bestimmte Macht verdächtigt wird, das ist wohl ein Teil der tragischen Verwirrungen, die heute das politische Klima der Welt im Ganzen zu verdüstern. Dass sich nach dem zweiten Weltkriege zwischen den Alliierten wesentlich verschiedene Auffassungen über Demokratie und Totalitarismus herausentwickelt haben, ist eine böse Tatsache. Die grossen Konferenzen in Moskau und Paris haben sie zur gefährlichen Scheidung in westliche und östliche Auffassungen verschärft. In Berlin aber sind alle Mächte versammelt. Und es ist fast unausbleiblich, dass hier im Kleinen die grossen Pläne sich ihr bescheidenes Modell suchen.

Die Sozialdemokratie vertritt als sozialistische Partei ein demokratisches Prinzip, das die ständig lebendig kontrollierende Mitwirkung aller Bürger an seinen Geschicken anstrebt. Dieses Prinzip unterscheidet sich vielfach von der Ordnung, die die Sowjetunion verwirklicht. Aber daraus eine antisowjetische Haltung zu konstruieren heisst das Recht der demokratischen Meinungsbildung gröblich missverstehen, das als das Fundament in den sehr steinigen Boden dieser Nachkriegszeit eingesetzt worden ist.

In ganz Deutschland sucht dieses Recht zwischen Hunger und Elend seine ersten Wege. In Berlin aber wird es zum Explosivstoff. Dies umso mehr, als sich in allen kommunalen Entscheidungen Berlins das grosse Welttheater widerspiegelt. Die vier Mächte im Kontrollrat und in der Kommandantur kennen heute zur Genüge und wohl auch zum grossen Kummer die Macht des Vetoprinzips. In Zeiten, in denen die Übereinkunft zwischen den Alliierten eine selbstverständliche Erscheinung war, schien das Vetorecht eines Mitgliedes eine brauchbare Möglichkeit der demokratischen Kontrolle. Heute könnte vermutlich manche Spannung in einer kleinen Bagatellangelegenheit vermieden oder gemindert werden, wenn der Grundsatz der Majorität im Viermächtegremium regierte. Doch dies zu ändern, ist freilich nicht in deutscher Macht.

Jedoch eines steht in deutscher Macht; die Welt davon zu überzeugen, dass die Aussetzung der Berliner Selbstverwaltung sich nicht aus dem "Kampf gegen die Alliierten" herschreibt, sondern gerade aus der unermüdeten Bemühung um das von den Alliierten nach Deutschland zurückgebrachte Recht der demokratischen Selbstverwaltung unter alliierter Kontrolle. (b/17/217/1/he)

22. Juli 1947

Alfred Kubel(Für den Fall seiner Ernennung zum Direktor des  
Zweizonen-Wirtschaftsamtes. Die Redaktion.)

Alfred Kubel zählt in der SPD wie innerhalb des neudeutschen Verwaltungskörpers zu den jüngsten Männern in führender Position. Er selbst fühlt sich zur jungen Generation stärker hingezogen als zu den Älteren, von denen ihn in vielen Fällen doch recht erhebliche Unterschiede in Denkweise und Temperament trennen.

Kubel ist das, was man einen kühlen Kopf nennt. In der Auseinandersetzung ein scharfer Dialektiker, ist Verbindlichkeit nicht seine besondere Stärke. So hat er manchen Gegner. Aber er wirkt durch die Klarheit seiner Beweisführung oft überzeugend auch dort, wo die Argumente anderer versagen. Er bevorzugt die offene, nicht verklammernde Sprache, auch im Verkehr mit den Herren der Besatzungsmacht und wird von ihnen deshalb geschätzt, selbst wenn er einmal unbequem wird. Ein weiteres Plus für ihn ist dabei, dass er bei solchen Unterhaltungen auf keinen Dolmetscher angewiesen ist.

Kubel ist ein gründlicher Kenner der Wirtschaft schon aus seiner beruflichen Vergangenheit her, er ist ein Freund praktischer Überlegungen und schneller Entscheidungen, er ist alles andere als ein Doktrinär. Er ist gänzlich unverbraucht, ausgesprochen initiativ und sehr modern. Mittelhoch, schlank, mit blondem Haar über hoher Stirn wirkt er seinen Jahren entsprechend.

Alfred Kubel wurde am 25. Mai 1909 in Braunschweig geboren. Er besuchte die Mittelschule und wurde Industriekaufmann. Frühere Stellungen in dieser Tätigkeit: Generalsekretär des Schubert-Konzerns in Berlin und Generaldirektor der SASAG-Braunschweig. Nach dem Zusammenbruch wurde Alfred Kubel Ministerpräsident von Braunschweig, nach Bildung der niedersächsischen Regierung ihr Wirtschaftsminister. Kubel ist u.a. der Schöpfer des niedersächsischen Landesgesetzes über die Industrie- und Handelskammer. Politisch gehörte Kubel dem ISK (Internationalen Sozialistischen Kampfbund) von 1926 bis zu seiner Auflösung an. Mitglied der SPD ist er seit der Neugründung.

Besuch in der Grenzstadt Görlitz

Durch die Festsetzung der Oder-Neisse-Linie als provisorischer Grenze zwischen Deutschland und Polen ist die schlesische Industriestadt Görlitz sozusagen über Nacht zur Grenzstadt geworden. Gut Dreiviertel der Stadt, die durch die Neisse getrennt wird, liegen auf deutscher Seite. Sie zählt insgesamt 94.000 Einwohner, das sind ungefähr soviel wie vor dem Kriege. Im östlichen, jetzt polnischen Stadtteil wohnten ehemals etwa 12.500 Deutsche. Heute dürften davon, so schreibt J. Elliot in der "New York Herald Tribune", der Görlitz dieser Tage besuchte, nur noch knapp 500 übrig geblieben sind. Viel Polen aber in dem abgetrennten Stadtviertel wohnen, weiss niemand auf deutscher Seite zu sagen.

Die drei Brücken, die über die Neisse führten, wurden ebenso wie das Eisenbahnviadukt in die Luft gesprengt und die hölzerne Notbrücke, die die beiden Stadtteile jetzt verbindet, wird streng bewacht. Auf der deutschen Seite hält ein russischer Posten, den Finger am Abzugshahn seiner Maschinengewehr, Wache, und auf der anderen Seite ist der polnische Adler in Rot und Weiss und die Aufschrift "Polnische Republik" zu sehen.

22. Juli 1947

Auf beiden Ufern sperren ausserdem dicke Barrieren die Zufahrt zur Brücke, die so gut wie unbenutzt bleibt. Ihr Verkehr scheint sich auf ein Dutzend Deutsche und Polen zu beschränken, die alle Facharbeiter sind, denn die Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt befinden sich auf deutscher Seite, die Gaswerke dagegen auf polnischer. Zum Austausch der Dienste dieser öffentlichen Betriebe wurde eine Kompensationsvereinbarung getroffen.

Nicht einmal der russische Kommandant von Görlitz darf die Brücke überschreiten. Wenn er das will, so muss er erst ein entsprechendes Gesuch in Dresden bei den dortigen sowjetischen Militärbehörden einreichen und diese müssen es zunächst wieder nach Berlin weiterleiten.

Der jetzige Bürgermeister von Görlitz, Kurt Prenzel, ist Mitglied der SED, alter Kommunist, und glaubt, dass die Stadt als Grenzposten zwischen Deutschland und Polen eine grosse wirtschaftliche Zukunft habe, wenn erst einmal die normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder hergestellt sind. Er rechnet auch damit, dass Görlitz dann das Erbe Breslaus als schlesisches Kleiderfabriken-Zentrum antreten werde. Insgesamt wohnen nach seinen Angaben 25.000 deutsche Ausgewiesene aus dem Osten in Görlitz, von denen die meisten jetzt alle Hoffnung aufgegeben hätten, jemals wieder in ihre alte Heimat zurückkehren zu können, obwohl sie natürlich gern wieder dorthin zurückmöchten.

Arthur Ullrich, der Führer der SED in Görlitz, auch ein langjähriger Kommunist, war, wie der amerikanische Journalist bemerkt, offensichtlich peinlich überrascht, als man an ihn die Frage richtete, wie er über die Grenze denke, auf deren Anerkennung als endgültige Trennungslinie zwischen Deutschland und Polen der sowjetische Ausserminister Molotow bestete. Er hielt sich bei seiner Antwort dann strikt an die von Pieck und Grotowski festgelegte Linie, dass die Grenzen akzeptiert werden müssten. "Ich sehe", so sagte er, "keinen Grund, weshalb die jetzige Grenze zwischen Deutschland und Polen wieder geändert werden soll. Ich stimme völlig mit Molotow überein, dass eine erneute Umsiedlung der Bevölkerung schwere Nachteile sowohl für Deutschland wie für Polen nach sich ziehen würde." (m/Blo/227/1/he)

Hermann Hesse:

Zwei Geisteskrankheiten sind es nach meiner Meinung, denen wir den heutigen Zustand der Menschheit verdanken: der Grössenwahn der Technik und der Grössenwahn des Nationalismus. Sie geben der heutigen Welt ihr Gesicht und ihr Selbstbewusstsein. Sie haben uns zwei Weltkriege samt ihren Folgen beschert und werden, bis sie sich ausgetobt haben, noch manche ähnlichen Folgen zeitigen. Der Widerstand gegen diese beiden Weltkrankheiten ist heute die wichtigste Aufgabe und Rechtfertigung des Geistes auf Erden.

## Nachrichten aus Frankreich

## Zahl und Arbeit der Gefangenen

A.P. Paris, Mitte Juli

Nach den jüngsten offiziellen Angaben befinden sich noch 513.000 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich. Die monatlichen Entlassungen schwanken zwischen 15.000 und 20.000. Ungefähr 400.000 Deutsche sind produktiv in der Wirtschaft tätig, während sich der Rest in den Lagern oder zur Verfügung der Militärbehörden (ungefähr 13.000) befindet. Auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen sich die Kriegsgefangenen wie folgt: Landwirtschaft 188.000 - Kohlengruben 49.000 - Wiederaufbauarbeiten 53.000 - Forstwirtschaft 13.000 - Aushilfsarbeiten verschiedener Art 47.000.

## Die französische Besatzungszone

A.P. Paris, Mitte Juli

Die grosse Pariser Abendzeitung "Le Monde" brachte dieser Tage eine Artikelserie über die wirtschaftliche und geistige Lage in der französischen Zone Deutschlands. Einige ihrer Feststellungen verdienen wiedergegeben zu werden:

Der betreffende französische Journalist ist der Ansicht, dass das bis jetzt aufrechterhaltene Gleichgewicht der Zahlungsbilanz der Zone schon in allerhöchster Zukunft ernstlich gefährdet sei. Es ginge nicht mehr an, auch fernerhin der deutschen Zivilbevölkerung nur einen ganz kleinen Bruchteil der Industrieproduktion zu belassen. "Es erscheint in der Tat unmöglich", so schreibt er, "den Deutschen die elementaren Bürgerrechte zu gewähren, ohne ihnen gleichzeitig durch das Abkommen von Potsdam zugeständene Lebensminimum zu sichern."

Die Ausscheidung des Saargebietes aus dem deutschen Wirtschaftsverbände würde ausserdem dem Ausfuhrüberschuss der Zone ein Ende bereiten, da gerade die Saar weitgehend dazu beigetragen habe. Ab 1948 werde, wie "Le Monde" schreibt, der Unterhalt seiner Besatzungszone Frankreich nach Schätzungen französischer Wirtschaftsstellen jährlich ungefähr 50 Millionen Dollar an Devisen kosten.

## "Liebe Freunde aus Deutschland"

250.000 deutsche Kriegsgefangene in England erlebten dieser Tage einen grossen Augenblick: Um 6 Uhr abends durften sie ihre Lager verlassen und sich im Umkreis von fünf Meilen nicht nur frei bewegen, sondern erstmals auch in englischen Geschäften Einkäufe machen und Kinos und Konzerte besuchen. Offiziere dürfen drei englische Pfunde, Angehörige des Mannschaftsstandes 30 Schillinge bei sich haben. Viele Kriegsgefangene wurden von englischen Mädchen abgeholt und zogen Arm in Arm mit ihnen los. In Swansea nahmen 27 Gefangene an einer Sitzung des Stadtrates teil und wurden vom Bürgermeister mit den Worten "Liebe Freunde aus Deutschland" begrüsst.

In anderen Orten dagegen stiessen die Kriegsgefangenen auf offene Ablehnung. So wurde den Gefangenen in Chingford der Zutritt zu einem Kino verweigert und der Manager des FC Millwall in London gab durch die Presse bekannt, dass deutsche Kriegsgefangene zu den Spielen des Vereines nicht zugelassen werden. Der Platz Millwalls wurde während des Krieges durch Bombenwürfe schwer beschädigt.

Als erster deutscher Kriegsgefangener wird sich am 4.8. der 23-jährige Hannoveraner Willi Runkel, ein ehemaliger Fallschirmjäger, der sieben erst aus dem Lager Normankurst Court entlassen wurde und eine Johung in Laughon fand, mit einer Engländerin verheiratet. Bei der Braut handelt es sich um die 19-jährige Rosemarie Vinall, deren Vater den Rückzug von Dünkirchen mitmachte. (b/Bio/227/L/hc)

Verantwortlich: Peter Raunau, Hannover.